

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis (für den Monat frei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM). Durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21, Geschäftsstelle und Expedition: Wilschkestr. 2 / Fernsprechnummer 17259 / Postfach Dresden-21, 13555, Emil Schlegel-Str. 2 / Dresden-21, Oberbahnstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtfunkstelle: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechtunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Freitag, den 17. Dezember 1926 Nummer 282

Die „offene Feldschlacht“

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Marx-Regierung / SPD-Opposition unter dem Drucke der Arbeiter / Das Ende eines parlamentarischen Manövers sozialdemokratischer Führer

Fort mit diesem Reichstag!

Schluß mit der Marx-Regierung!

Die kommunistische Fraktion hat am Morgen des 18. Dezember im Reichstag folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Die Sozialdemokraten immer noch nicht mit sich selbst und mit den Regierungsparteien einig sind, ob sie für oder gegen Wehler, für oder gegen Marx, für Koalition oder „Opposition“ sind wird der kommunistische Antrag sie zwingen, Farbe zu bekennen.

Vor dem Bürgerblut im Reiche

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag mittig wurde über die Stellung der Regierung folgendes Communiqué ausgegeben:

„Marx tritt nicht zurück. Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Das Kabinett empfand den Beschluß der Sozialdemokraten als eine Bekräftigung und wird nicht zurücktreten. Das Kabinett beabsichtigt, sich dem Reichstag in „offener Feldschlacht“ zu stellen.“

will, wenn die Deutschnationalen ihm zu: „Landesverteidiger“ und verlassen den Saal.

Scheidemann geht dann auf die Verbindungen der DC (Organisation Conius) mit der Reichswehr ein, so unterhalte die Marine nach heute die besten Beziehungen mit der DC und deren Nachfolgern. Noch am 1. Mai 1926 habe die DC in Kiel von der Marine Wachposten und andere „Instrumente“ bezogen. Scheidemann erzählt dann eine lange Geschichte von drei Schiffen, die in Stettin ausgeladen sind und aus Veningrad gekommen seien. Was in diesen Schiffen enthalten war, weiß Scheidemann nicht anzugeben, und auf alle kommunistischen Jurste und Forderungen, doch endlich nähere Angaben zu dem Schwindel mit den Gasgranaten zu bringen, weist Scheidemann aus und begnügt sich mit Wädheln, z. B. dem, daß die kommunistische Forderung in Stettin über das Ausladen der Schiffe unterrichtet gewesen sei.

Da die Republik im Volk entschiedene Wurzeln gefaßt habe, fordere die Sozialdemokratie, daß die Reichswehr an Haupt und Äxten „reformiert“ werde. Die Reichswehr dürfe nicht nur mit dem einen Teil des Volkes sympathisieren. Die SPD verlange:

1. Durchföhrung des Verbots von Verbindungen mit Wehrverbänden;
2. ein Verbot für die Reichswehr, Privatgelder anzunehmen;
3. eine Aufstellung aller im Privatdienstvertrag angestellten Personen.

Auf einen kommunistischen Zwischenruf antwortet Scheidemann: „Wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, die Reichswehr aufzubauen, hätte ich heute ein anderes Gesicht.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Scheidemann sagt dann, daß die SPD immer dafür eintreten werde, daß Deutschland nicht zum Karten-Kuhlande würde. Auf wiederholten kommunistischen Zuruf beantragt sich Scheidemann mit der ausweichenden Antwort: „Es dürfe keine russische Mission mehr für die deutsche Reichswehr kommen.“ Die SPD habe sich in neuester Zeit und bis heute noch bereit erklärt, aktiv in der Regierung mitzuarbeiten, und die Verbindungen seien auch nicht an der Volkspartei geknüpft, sondern an Herrn Scholz, der kein Volksparteiler sei, sondern ein reaktionärer Deutschnationaler. Zur Klärung der Situation werde die SPD folgenden Antrag einbringen:

„Der Reichstag entzieht der Regierung das Vertrauen.“

Für die Regierung erhebt sich Marx und vertieft eine Erklärung, in der es heißt: Die Regierung sei gegen die Vollziehung der Reichswehr:

1. Die Verbindung zu den Verbänden der Reichswehr streng verboten.
2. Jurell wird darüber verhandelt, Geldspenden an die Reichswehr von einer Genehmigung des Reichswehrministers abhängig zu machen.
3. Die Reichsregierung sei bereit, eine Aufstellung aller im Privatdienstvertrag angestellten Personen dem Reichstag vorzulegen.
3. Ueber ein Gesetz, das den Erwerb für die Reichswehr neu regeln sollte, werde jurell mit dem Reichspräsidenten verhandelt.

Die Rede Scheidemanns habe das allerletzte Beharren der Reichsregierung. (Starker Beifall bei der Volkspartei und den Deutschnationalen.) Es sei demagogisch von der SPD, jetzt hier dieselben Dinge vorzubringen, über die sie gestern mit der Reichsregierung und Herrn Wehler verhandelt habe. (1) Unter dem Beifall der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den BVP'ern schließt Marx mit den Worten: „Die Reichsregierung hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die deutsche Wehrmacht dem deutschen Staate und der Reichsregierung ergeben ist.“ (Jurell von den Kommunisten: „Und wo bleibt Ihre Republik?“)

Die SPD-Arbeiter gegen den Koalitionsschacher ihrer Führer

Berlin, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die neue Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verurteilt die inneren Schwierigkeiten in der SPD. Die rote Fahne ist in der Lage, zu melden, daß in der Kreismitgliederversammlung des zweiten Kreises Mathilde Wurm gegen die Koalition sprach. In der Diskussion erklärte sich das Mitglied Hirschfeld auch gegen die Preußen-Koalition, die nur Schaden für die Arbeiterschaft bringe. Das Mitglied Hennig wandte sich in erregten Worten gegen die Koalitionspolitik. Er führte aus: „Wenn gezeigt wird, daß in der SPD kommunistische Zellen sind, so behaupte ich, in der SPD sind bürgerliche Zellen, und wenn diese so stark geworden sind, daß sie uns übertrumpfen, dann sind wir eine bürgerliche Partei.“

Die SPD in der Opposition

(Telegramm unseres Berliner Mitarbeiters.)
Berlin, 16. Dezember 1926.

Im deutschen Reichstag ist die Sozialdemokratie in die „Opposition“ gegangen. Zur Stunde ist das Schicksal der Reichsregierung noch nicht entschieden. Es scheint aber nach den letzten Meldungen im Reichstag so gut wie sicher, daß die Regierung mindestens durch Stimmhaltung der Deutschnationalen gerettet wird. Um 4 Uhr nachmittags wurde die Diskussion nach einer Rede Scheidemanns, der den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag erwiderte und nach einer scharfen Erwidrerung des Reichstanzlers Marx um eine Stunde unterbrochen. Es ist zu erwarten, daß die Regierung eine Wehretzeit erhalten wird, obgleich die demokratischen Abendblätter gleichfalls von einem Mißtrauensantrag der Demokraten gegen das Kabinett berichten. Die neue Schwelung der Sozialdemokratischen Partei ist geeignet, bei den Arbeitern neue Klüften über die Sozialdemokratie heranzurufen. Deshalb muß mit aller Schärfe unterstrichen werden, daß die Opposition der Sozialdemokratie nicht der Beginn einer radikalen Taktik, sondern das Ende eines der traurigsten parlamentarischen Manövers dieser Partei ist. Nach den Erklärungen von Silberberg auf dem deutschen Industriellentag haben Gewerkschaftsführer und Parteileitung alles verläßt, um den hingeworfenen Bräden der Großen Koalition aufzuhängen und zu verschlingen. Gegen die Empörung und Erstickung breiter Schichten von sozialdemokratischen Arbeitern, die den Plan des Truistkapitals durchschauten, mit Hilfe einer neuen Arbeitsregierung bekräftigt würde, den wachsenden Unmut der Opfer der Rationalisierungsperiode wachenden Unmut, hat die Sozialdemokratie, hat ihre Führer zugehalten, um den Parolen der Silberberg-Geute folgen zu können. Wochenlange Verhandlungen führten zum Abbruch zunächst der „Stillen Koalition“. Ihre willig begab sich die Führung der Sozialdemokratie in das Abhängigkeitsverhältnis zu den großbürgerlichen Parteien, das sie auch parlamentarisch als Regierungspartei erdgültig festlegte. Erst die Empörung der breiten Mittelschichten der Sozialdemokratie über den Schacher mit den Erwerbslosen und über das Schand- und Schmutzgesetz

beendete die „Stille Koalition“. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mußte wenigstens gegen das Schand- und Schmutzgesetz einen gewissen Scheinwiderstand leisten. Dieser Scheinwiderstand hatte zur Folge, daß die Regierungsparteien unter der Führung der von Scholz geleiteten Deutschen Volkspartei öffentlich und brutal zum Ausdruck brachten, daß ihrerseits niemals eine „Stille-Koalition“-Berpflichtung bestanden habe, daß man sehr gut auch ohne die Sozialdemokratie regieren könne. Die Sozialdemokratie aber beantwortete den neuen Fuchtritt auch diesmal wieder mit der Erklärung, daß sie auch weiterhin zur Zusammenarbeit bereit sei. Den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Kütz, unterstützte sie nicht. Sie rettete den Schand- und Schmutz-Minister und die Regierung.

Nach Stresemanns Rückkehr aus Genf kam es zu neuen Verhandlungen. Während die Sozialdemokratie zu dieser Zeit selbst darauf verzichtete, ihre Kampagne gegen Wehler die sie übrigens versucht hatte, als Kampagne gegen Sowjetrußland und die Ostorientierung zu färben, weiterzuführen, begannen noch einmal der Kuhhandel um den Regierungsantritt. Dieser Kuhhandel wurde gestern plötzlich unterbrochen, nachdem er scheinbar dem Abbruch nähergerückt war als jemals bisher. Die Regierung und die Deutsche Volkspartei hatten bereits die offiziellen Besprechungen über die Regierungsumbildung und des Regierungsprogramms mit den SPD-Führern aufgenommen.

Daß die Verhandlungen sich zerfasen, wird die SPD jetzt vor den Arbeitern im Reiche als die Folge ihrer „entschloßenen Haltung“, als die Folge ihrer „zu weitgehenden Forderungen“ hinstellen wollen. Die Wahrheit ist aber etwas anders. Die Wahrheit ist, daß selbst diese SPD nicht wagen durfte, mit den „Jugendadmiralen“, die ihr noch am Donnerstag von der Regierung angeboten worden sind, vor die Mitglieder ihrer Partei und vor die deutschen Arbeiter hinzutreten. Man hat aus der Rede des Reichstanzlers Marx gestern erfahren, daß selbst die lächerlichsten Forderungen, die die Sozialdemokratie in der Reichswehrrage gestellt hatte, abgelehnt werden. Die SPD verlangte ein „Berbot“ (1) der Verbindung der Reichswehr mit Rechtsverbänden, sie verlangte weiter das Verbot des Bezuges von Privatgeldern für die Reichswehr und endlich

Berlin, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Zu 12 Uhr angelegte Plenarsitzung wurde auf 2 Uhr nach dem der Kuhhandel war noch nicht fertig.

Reichstag und Tribünen sind voll besetzt. Man erwartet einen „großen Tag“. Man hört, daß Scheidemann „war Entschloßen“ über die Reichswehr machen wird, und daß das Verhalten der Regierung noch ungewiß sei. Der Theaterdonner soll auch, aber es ist eben nur Theaterdonner. Scheidemann versucht, die Volksseele zum Kochen zu bringen, aber sowohl was er vorbringt, als auch was Reichstanzler Marx im Namen der Regierung antwortet, ist schwächlich und läßt sich nicht ohne Abnützung hinterlassen für neue Verhandlungsmöglichkeiten.

Reichstanzler Marx vertieft eine Regierungserklärung, die lautet: daß die Regierung durchaus zur Erweiterung der Koalition nach links bereit gewesen sei, daß sie aber nach der plötzlichen Erklärung der Sozialdemokratie nicht zurückzutreten beabsichtige.

Scheidemann beginnt mit allgemeinen Phrasen vom deutschen Volk und Vaterlandsliebe. Er dankt dem General Hege, dem Reichstanzler Seodts, für sein „lehrreiches Wort“. Die Reichswehr ist ein zum Gehorsam erzogenes Instrument des Staates. „Aber Scheidemann verbeugt sich noch weiter vor der mächtigsten bekämpften Gegenrevolution, indem er sagt: „Kritik hat es Zeiten gegeben, in denen man nicht alles legal machen konnte, man hat doch nicht ganze Dörfer und Gegenden plündernden Händerbänden überlassen können.“ Aber das ist schon lange her und es werden noch sehr ungeheure Summen für Reichswehr und Schwarze Reichswehr verausgabt. Und was die Frage, wie diese Finanzierung überhaupt möglich gemacht ist, erzählt er von den Kommunisten, den Jurell: „Durch Ausschaltung der Sozialdemokratie!“ Scheidemann macht dann in „Entschloßenheit“ über Verbindungen der Reichswehr mit „Kuhhandeln“ über die „Gefu“ und eine „Witz“ bestanden und ein Major Spangenberg habe dafür 10 Millionen Mark bezahlt. Als Scheidemann dann auch noch auf die Verbindungen der Reichswehr mit den Wehrverbänden eingeht